

(Daniel Andreas Lede Abal)

bisher nur zu einem Bruchteil besetzt sind. Von den 300 Stellen für Baden-Württemberg sind im Moment gerade 26 besetzt. Das ist der „hohe Nachdruck“, mit dem das Bundesinnenministerium und das BAMF die Bearbeitung der Asylanträge in Baden-Württemberg angehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist – leider, sage ich dazu – eine Tatsache, dass das Bundesamt bis heute nicht einmal die Registrierung und die Antragstellung bewältigen kann, und zwar seit über einem Jahr. Das ist der Grund, warum die Erstaufnahmeeinrichtungen – auch Heidelberg – seit Monaten so überlastet sind und Personen ohne Aufenthaltsgestattung in die Kreise weitergeleitet werden müssen.

Sie fordern in Ihrem Papier z. B. auch mehr baurechtliche Flexibilität. Diese gibt es jedoch schon. Dazu gab es eine gesetzliche Änderung, die von der Landesregierung über den Bundesrat mit angestoßen wurde.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie fordern mehr Geld für die Kommunen. Wir übernehmen das Defizit in der Unterbringung.

Sie fordern, die jährlich 65 Millionen € des Bundes an die Kommunen zu geben. Wir geben jetzt über 400 Millionen € jährlich – gegenüber 60 Millionen € im Jahr 2012.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen der Abg. Winfried Mack und Guido Wolf CDU – Unruhe bei der CDU)

Das wäre ja ein Rückschritt, wenn wir Ihre Forderungen erfüllen würden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ferner wollen wir die Kommunen von den Gesundheitskosten entlasten. In diesem Zusammenhang warten wir noch auf eine Änderung des Sozialgesetzbuchs, die vom Bundesgesundheitsministerium initiiert werden muss. Darauf warten wir seit Dezember. Denn wir wollen endlich die Kostenträgerschaft auf das Land übertragen können.

Herr Wolf, Sie haben noch eines gefordert: Sie haben gefordert, den Flüchtlingen das Taschengeld zu streichen. Ich fordere Sie deshalb auf, einmal in der Öffentlichkeit zu erklären, wie Sie das gesetzlich regeln wollen. Denn das Bundesverfassungsgericht hat dazu sehr, sehr klar gesprochen. Sie bedienen den Stammtisch, Sie bedienen den Populismus, und das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen – Beifall bei der SPD)

Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Grünstein das Wort.

(Abg. Guido Wolf CDU: Ich glaube, jetzt wird es ein bisschen besser!)

Abg. Rosa Grünstein SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! „Viel Lärm um nichts“ – so würde ich diese Debatte bezeichnen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Die Beweglichkeit der CDU begeistert mich doch immer wieder. Vorige Woche noch wollten Sie das Integrationsministerium abschaffen, und diese Woche wollen Sie ihm mehr Kompetenzen zubilligen, es also aufwerten. Das ist ein richtig tolles Wendemanöver.

Sie, verehrter Kollege Wolf, haben vorhin bewiesen, dass das Thema „Integration, Integrationsministerium, Flüchtlinge“ nicht unbedingt Ihr Thema ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie wollen die Anerkennungsverfahren an einem Ort haben. Das wird doch längst gemacht.

(Lachen des Abg. Guido Wolf CDU)

Deshalb sind immer mindestens 500 Menschen in einer LEA untergebracht, weil ab dieser Belegzahl das BAMF vor Ort die Aufnahme einrichten kann.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Das stimmt doch gar nicht! Gehen Sie einmal nach Hechingen!)

– Genau so stimmt es. – Auch die von Ihnen geforderte Rückführung direkt aus der LEA ist längst gängige Praxis. Kollege Lede Abal hat das gerade eben hinreichend erklärt.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Auch die notwendigen medizinischen Untersuchungen finden überall statt, auch die Röntgenuntersuchungen. Dass es in Karlsruhe etwas gehakt hat, lag weder am Land noch am Integrationsministerium. Ansonsten werden sie überall durchgeführt.

Auch die schulische Vorbildung und die beruflichen Qualifikationen werden längst erhoben und registriert; entsprechende Fragebögen dazu gibt es. Ferner werden ca. 5 Millionen € Fördermittel für die Arbeitsmarktintegration in den Kreisen bereitgestellt.

Dass wir Probleme haben, im Hauruckverfahren die benötigten Räumlichkeiten bereitzustellen, wird nicht infrage gestellt. Aber wollen Sie denn wirklich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, dass sich einige Häuslebesitzer und Spekulanten ihre maroden Gebäude auf Staatskosten sanieren lassen, sie dann für wenige Jahre vermieten,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oh Gott!)

um dann hinterher richtig viel Geld damit zu machen?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt komm!)

Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass die Menschen bei uns anständig untergebracht werden, und nicht, dass sich irgendjemand an der Not dieser Menschen bereichert.

Um die Unterbringungskapazität zu erweitern, wird teilweise neu gebaut, wird umgebaut. Die Stellplatzverordnung, wie Sie sie beschrieben haben, ist da nun wirklich kein Hindernis. Denn § 56 Absatz 4 Nummer 1 der Landesbauordnung lässt bereits heute Ausnahmen zu, gerade auch bei Flüchtlingsun-

(Rosa Grünstein)

terkünften. Das gilt auch für die 7 m², die nicht zwingend vorgeschrieben sind, obwohl wir sie gern zum 1. Januar nächsten Jahres hätten einführen wollen. Aber als das angedacht war, hat man mit dieser Anzahl von Flüchtlingen noch nicht gerechnet.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Aha! Hört, hört!)

Ich möchte auch daran erinnern, dass das Land für die Kommunen ein Sonderprogramm in Höhe von 30 Millionen € zur Schaffung von Flüchtlingsunterkünften aufgelegt hat. Wir haben in Hechingen bereits das ehemalige Krankenhaus als Außenstelle der LEA Meßstetten in Betrieb genommen. In Sigmaringen wird die Graf-Stauffenberg-Kaserne ab August Kapazitäten für mindestens 500 Flüchtlinge bieten. In Tübingen ist neben dem Landratsamt eine übergangsweise Unterbringung von mindestens 500 Flüchtlingen geplant, und als eigenständige und vollwertige LEA folgen demnächst Mannheim, Freiburg und Schwäbisch Hall, wo ein Neubau geplant ist.

Das alles kostet neben Geld auch Zeit. Natürlich werden, soweit vorhanden, auch Bundesimmobilien genutzt. Das scheidet manchmal aber einfach am Einspruchsrecht der Kommunen. Der Umbau der Kaserne in Heidelberg hat z. B. 4 Millionen € gekostet. Stellen Sie sich also doch bitte hier nicht hin und tun nicht so, als würde gar nichts passieren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die Sachleistungen sind in den LEAs – Kollege Lede Abal hat es bereits angesprochen – bereits gängige Praxis. Am Taschengeld in Höhe von 140 € kann nicht wirklich etwas geändert werden, siehe Bundesverfassungsgericht. Ändern könnte das höchstens der Bund mit einer neuen Eingabe.

Hören Sie doch endlich auf, dauernd darauf herumzureiten, dass es im BAMF mehr Personal geben muss. Wo ist denn dieses Personal? Das muss in den Haushalt eingestellt werden, und da ist der Bund gefordert. Dafür ist der CDU-Bundesfinanzminister zuständig.

Im Moment sind in Baden-Württemberg 25 000 Anträge nicht bearbeitet. Das liegt nicht daran, dass die Menschen faul wären, sondern das liegt daran, dass das erforderliche Personal bei uns fehlt. Also anstatt hier herumzukrakeelen, sollten Sie lieber dafür sorgen,

(Zurufe von der CDU)

dass vor Ort, am Platz Arbeit geleistet werden kann und die entsprechenden Menschen dafür vorhanden sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Im Übrigen hat der Landrat des Zollernalbkreises aufgrund des hohen Zustroms von Asylbewerbern gefordert, das Integrationsministerium zu stärken und aufzuwerten. Vielen Dank dafür.

Auch die Asylkammern bei den Verwaltungsgerichten sind längst eingerichtet, und von den 19 Stellen sind bereits 16 Stellen besetzt. Um das BAMF bei der Erfassung zu entlasten, könnte man vielleicht überlegen, ob bei der Antragstellung ein persönliches Erscheinen nötig ist. Natürlich muss der Antragsteller, wenn er seinen Antrag eingereicht hat, bei der

Anhörung persönlich anwesend sein. Eine Änderung hinsichtlich der Antragstellung würde jedoch vielleicht schon einmal eine kleine Entlastung bewirken. Darüber können wir diskutieren.

Wollen Sie wirklich und tatsächlich die humane, dezentrale Unterbringung abschaffen und dafür eine konzentrierte Unterbringung an einem Ort errichten?

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Das wäre nicht nur besonders inhuman, sondern es würde auch mehr Probleme schaffen, als wir überhaupt bewältigen können.

Ferner stärken wir das Ehrenamt. Wir haben dafür 4,3 Millionen € zur Verfügung gestellt. Das ist der Moment, in dem ich – ich denke, in diesem Fall sogar auch im Namen von Ihnen – allen Menschen in diesem Land ganz herzlich danke, die sich ehrenamtlich mit großem Engagement für die Menschen, die zu uns kommen, einsetzen und Zeit, Geld und Kraft opfern.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wird sich, wenn wir die Anzahl der sicheren Herkunftsländer vergrößern, etwas ändern? Nichts wird sich ändern. Sie sollten sich einmal bei den Menschen erkundigen, die vor Ort tätig sind. Warten wir doch einmal die Evaluation hinsichtlich dessen ab, was bereits geändert worden ist, was der Ministerpräsident mit seinem Wort durchgebracht hat. Diese Evaluation gibt es noch nicht.

Was bringt eine Visumpflicht für Menschen aus dem Westbalkan? Wieder nichts. Dann werden viele wieder auf die Schlepper ausweichen. Wenn Sie sich mit dieser Thematik etwas besser auseinandersetzen würden, dann wüssten Sie das. Menschen sind nicht aufzuhalten, wenn sie sich einmal entschlossen haben, in ihrer großen Not ihr Land und ihre Heimat zu verlassen, um woanders eine bessere Zukunft zu finden.

Ihr Konzept ist reine Augenwischerei, weil 98 % von dem, was Sie fordern, bereits gemacht wird. Den Rest müssen wir an den Bund verweisen; da müssen andere von uns ermahnt werden, tätig zu werden. Diese Mogelpackung eines Kompetenzzentrums – ich bitte Sie – entpuppt sich doch bei genauerem Hinsehen als Luftblase,

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

und das ist wirklich das Allerletzte, was wir in dieser schwierigen Situation in diesem Land brauchen. Wie anfangs gesagt: viel Lärm um nichts.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema ist ein wichtiges Thema, dieses Thema ist ein ernstes Thema, und dieses Thema ist auch ein Thema, bei dem überall im Land Hand-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

lungsbedarf gesehen wird. Deshalb halte ich es für richtig, dass nach dem ersten Flüchtlingsgipfel im Oktober letzten Jahres der Ministerpräsident jetzt für den 27. Juli zu einem weiteren Flüchtlingsgipfel eingeladen hat.

Wenn ich mir allerdings die Redebeiträge aus der Regierungskoalition – von Herrn Lede Abal und von Frau Grünstein – anhöre, frage ich mich schon, warum dieser Flüchtlingsgipfel überhaupt stattfindet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eben! Ja!)

Herr Lede Abal hat sich wortreich mit Herrn Wolf auseinandergesetzt, hat erklärt, dass er alles das ablehnt, was Herr Wolf vorschlägt – das ist sein gutes Recht –, aber er hat kein Wort darüber verloren,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Jawohl!)

was er an künftigen Maßnahmen vorschlägt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Frau Grünstein hat erklärt: Es ist alles in Ordnung, es wird alles gemacht, alles ist bestens in unserem Land.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Weshalb machen Sie dann einen Flüchtlingsgipfel, meine Damen und Herren, wenn es nicht ein reiner Propaganda-Flüchtlingsgipfel für den Ministerpräsidenten werden soll?

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Man muss doch wirklich über inhaltliche Themen reden. Was wir bei Ihnen vermissen, ist ein Gesamtkonzept. Frau Grünstein, Sie sagen, die Verfahren zu beschleunigen und zu konzentrieren, das wäre der falsche Weg. Ich sage Ihnen: Das ist der richtige Weg. Es ist notwendig, die Kapazitäten der Landeserstaufnahmestellen auszuweiten. Es ist notwendig, weitere Standorte zu schaffen. Es ist notwendig, die Verwaltungsgerichtsverfahren zu beschleunigen und dafür die erforderlichen Kapazitäten zu schaffen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

– Ja, das ist notwendig. – Ferner ist es notwendig, die Leute, die keine Bleibeperspektive haben, direkt aus den Landeserstaufnahmestellen abzuschicken. Das liegt im Interesse der Ehrenamtler, von denen Sie reden; denn diese Ehrenamtler bemühen sich, die Menschen zu integrieren. Sie leisten viel bei der Integration dieser Menschen. Anschließend werden diese Menschen jedoch aus dieser schon teilweise erfolgten Integration wieder abgeschoben. Das ist doch der falsche Weg. Wir brauchen diese beschleunigten Verfahren,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir haben 25 000 unerledigte Fälle!)

und deshalb sind die angesprochenen Maßnahmen zielführend.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Dr. Rülke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schmiedel?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Natürlich.

Präsident Wilfried Klenk: Bitte schön, Herr Kollege.

(Abg. Winfried Mack CDU: Er hätte ja reden können!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt geben wir ihm die Gelegenheit, zu reden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Generös!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Kollege Rülke, wir haben aktuell etwa 25 000 unerledigte Asylverfahren nur in Baden-Württemberg, die beim BAMF anhängig sind. Wie lange, glauben Sie, braucht die Bundesanstalt, um diese Verfahren abzuarbeiten?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Kollege Schmiedel, es ist notwendig, die Kapazitäten beim BAMF auszubauen. Sie haben erklärt, das sei Aufgabe von Schäuble. Da haben Sie recht. Sie haben erklärt, beim BAMF fehle Personal. Da haben Sie recht. Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Nehmen Sie die bewaffneten Zöllner, die den Mittelstand heimsuchen, um den Mindestlohn zu überwachen.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Die sind besser beim BAMF aufgehoben, um solche Verfahren abzuhandeln.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es ist auch notwendig, die Kommunen zu unterstützen. Ich sage Ihnen: Kommen Sie zur Spitzabrechnung; sonst werden Sie sich mit den Kommunen, den Gemeinden und Kreisen, nicht verständigen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist Ihre Auffassung von Staat!)

Meine Damen und Herren, es ist auch notwendig, mit Bundesmitteln die zusätzlichen Integrations- und Sprachkurse zu finanzieren. Es ist auch ein durchaus zielführender Vorschlag, bei den Asylsuchenden, die keine Bleibeperspektive haben, sprich aus sicheren oder mutmaßlich sicheren Herkunftsländern kommen, die Taschengeldleistungen auf Sachleistungen umzustellen. Wenn dafür die rechtlichen Voraussetzungen im Moment nicht gegeben sind, dann muss man das Problem angehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Es ist die Aufgabe eines solchen Flüchtlingsgipfels, dass man formuliert, was notwendig ist, und nicht den Kopf in den Sand steckt und erklärt: Es ist doch alles bestens.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es reicht auch nicht aus, einfach zu behaupten: Bei Staaten, die erkennbar sichere Herkunftsländer sind, beispielsweise